

Dirk Fust

Ein neuer Weg aus der Klimakrise

Mutig. Machbar. Marktkonform.



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	7
Kapitel 1 Klimawandelfolgen – warum wir jetzt handeln müssen	10
Kapitel 2 Stolpersteine auf dem Weg zu einer international wirksamen Klimaschutzpolitik	24
Kapitel 3 Kann die Politik das Klimaproblem noch lösen?	38
Kapitel 4 Eine neue Weichenstellung in der Klimapolitik	52
Kapitel 5 Chancen einer wirksamen globalen Klimapolitik	85
Anhang	132
Anmerkungen	151

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie haben vielleicht den Klappentext gelesen oder fühlen sich vom Titel »Ein neuer Weg aus der Klimakrise« angesprochen. Sie mögen sich fragen, welchen Beitrag dieses Buch zur Bewältigung eines so großen Problems wie der Klimakrise beisteuern kann. Wird der hier beschriebene, klar verständliche Ansatz in der Lage sein, Sie persönlich zu überzeugen?

Schon an dieser Stelle verspreche ich Ihnen: Das Konzept geht völlig neue Wege in der Klimapolitik. Es eröffnet einer durchsetzungsstarken Organisation Möglichkeiten, ihre Klimaziele *unabhängig von Politik und Lobbyinteressen* aufzustellen und wirksam umzusetzen. Die Herausforderung besteht darin, Emissionsminderungen konsequent und marktkonform an den unstrittigen Ergebnissen der Wissenschaft auszurichten. Hat die vorgeschlagene klimapolitische Organisation Chancen, sich schrittweise länderübergreifend durchzusetzen?

Im ersten Kapitel sollen aktuelle Informationen belegen, wie prekär die aktuelle Klimasituation bereits ist und warum in absehbarer Zukunft Menschen nahezu jedes Alters davon betroffen sein können – gerade auch in den Industrieländern. Aber die gute Nachricht lautet: Der Temperaturanstieg lässt sich begrenzen! Wie dies ganz real gelingen könnte, zeigen die weiteren Ausführungen. Überdies wird es darum gehen, welche Hürden wir auf dem Weg zu einem wirksamen globalen Klimaschutz überwinden müssen. Damit Sie den inzwischen Jahrzehnte andauernden »Quasistillstand« in der Klimapolitik sowie weiterhin bestehende Probleme besser beurteilen können, möchte ich Sie auf einen kleinen Ausflug zu den wichtigsten Stationen des internationalen Klimaprozesses einladen. Auch müssen wir die Frage beantworten, ob es Klimawandelleugnern künftig gelingen könnte, Fortschritte im Klimaschutz auszubremsen. Im vierten Kapitel möchte ich mein Versprechen ein-

lösen und Ihnen das Klimakonzept anschaulich vorstellen. Ist die Institution in der Lage, CO₂-Emissionen wirksam zu reduzieren? Gibt es einen »Hebel«, der es Politikern erleichtert, sich von einem Teil ihrer umweltpolitischen Kontrollrechte zu lösen und dennoch notwendige Klimaziele ermöglicht? Welche Rolle können klimabewusste Wählerinnen und Wähler spielen? Wenn Sie sich für eingehendere Informationen interessieren, dann schauen Sie doch einfach im Anhang vorbei.

Bereits im Jahr 2000 habe ich das Grundkonzept veröffentlicht. Zu diesem Zeitpunkt war die Situation noch eine andere.

In den späten 1990er- sowie in den 2000er-Jahren trat das Thema Klima in den Hintergrund. Dies hatte unter anderem damit zu tun, dass der »Erdgipfel« 1992 in Rio de Janeiro große Erwartungen weckte, die sich im Verlaufe der folgenden UN-Konferenzen nicht ansatzweise erfüllten. Hinzu kam eine lang anhaltende Berichterstattung mit vielfach katastrophenartigen Schilderungen möglicher Klimafolgen. Die teilweise mediale Überflutung mit schockierenden Nachrichten, ohne dass die Politik Lösungsperspektiven anbot, führte zur Verdrängung des Themas. Darüber hinaus war das allgemeine Klimabewusstsein längst noch nicht so stark ausgeprägt wie heute.

Die Situation hat sich in jüngerer Zeit aber grundlegend geändert. Inzwischen nehmen wir als Gesellschaft den Klimawandel sehr ernst, wie Meinungsforschungsergebnisse belegen. So kommt etwa eine internationale Studie zum Ergebnis, dass zwei Drittel der Befragten die Erderwärmung als »große Bedrohung« empfinden. Zudem haben Klimaaktivisten den Treibhauseffekt wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und damit Druck auf die Politik erzeugt. Unser Klima berührt aber nicht nur Bürger – auch immer mehr Unternehmer und Politiker lassen steigende Temperaturen »nicht mehr kalt«.

Als Antwort auf diese Entwicklungen und die sich zuspitzende Klimakrise habe ich meine Publikation von Grund auf überarbeitet, aktualisiert und weiterentwickelt. Die Folge: 70 bis 80 Prozent meines Buches sind neu entstanden.

Wenn Sie der Meinung sein sollten, dass es schwer sein wird, klimapolitisch noch umzusteuern, habe ich natürlich Verständnis. Allerdings kennen Sie erst ein paar Zeilen. Und ganz gleich, ob ich Sie vom neuen Weg aus der Klimakrise überzeugen kann – Ihre Sicht wird sich ändern.

Das Klimakonzept durchzusetzen ist kein leichtes Unterfangen. Jedoch verrät das letzte Kapitel, warum eine mögliche Umsetzung in die Praxis zu keinem Zeitpunkt günstiger war als heute. Auch zeigt es Strategien auf, die gute Chancen bieten, dass sich die neue klimapolitische Institution realisieren lässt.

Gleichzeitig möchte ich mit diesem Buch dazu beitragen, dass sich möglichst viele Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung zusammenfinden, um eine globale Klimabewegung zu unterstützen. Diese Bewegung kann entscheidend daran mitwirken, dass ein weltweit gestiegenes Klimabewusstsein auch zu einem konsequenten Klimaschutz führt.

Wir haben nur einen Planeten Erde.

Zentrale Stationen des internationalen Klimaprozesses

Die Erwartungen an den Klimagipfel 1992 in Rio de Janeiro waren hoch: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wollte die internationale Staatengemeinschaft Beschlüsse zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre treffen.

Die im Vorfeld der Konferenz ausgearbeitete Klimarahmenkonvention (UNFCCC) sollte die Industrieländer dazu verpflichten, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 zu drosseln. Diese ohnehin bescheidene Zielsetzung konnte sich nicht durchsetzen. Die Vereinigten Staaten weigerten sich, die Teilnahme ihres Regierungschefs an der Konferenz zu bestätigen, wenn die anderen Industrieländer der vorgesehenen Konvention zustimmten. In diesem Fall wollten die USA das Abkommen nicht unterzeichnen. Die europäischen Staaten gaben dem Wunsch Bushs nach, ein konkretes Reduktionsziel wurde nicht vereinbart.⁷⁸

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt brachte seine Enttäuschung mit den Worten zum Ausdruck: »Washington hat sich geweigert, in Rio eine konkrete Verpflichtung auf Begrenzung der CO₂-Emission einzugehen. Die europäischen Staaten und Japan haben sich dahinter versteckt: ein schwerwiegender Sieg des *sacro egoismo* über Vernunft und Verantwortung.« Schmidts Fazit: »Die Rio-Reisen der Staatsmänner sind auf das Fernsehpublikum zu Hause gerichtet. Sie wollen weder miteinander verhandeln noch Verträge unterzeichnen, die sie konkret zum Handeln oder Unterlassen verpflichten. George Bush hat für sein Land den Anspruch erhoben, in Sachen Umwelt und Entwicklung ›Führungsmacht der Welt‹ zu sein. Aber die Amerikaner sind zu solcher Rolle unfähig. Die EG-Europäer hätten sich durchaus gemeinsam verpflichten können, aber sie waren auch nicht mutiger als der Präsident.«⁷⁹

Entgegen der von Wissenschaftlern geforderten deutlichen Minderung von Treibhausgasen einigte man sich auf eine Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die zwar keine konkreten Minderungsziele enthielt, immerhin aber gewisse Hoffnungen für ein konsequenteres Vorgehen in der Zukunft eröffnete.

Artikel 2 beschreibt die Zielsetzung der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC): »Das Endziel dieses Übereinkom-

mens ... ist es, ... die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird.« Auch auf den zeitlichen Rahmen und den Anspruch, nachhaltig zu wirtschaften, ging die Politik ein: »Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann.«⁸⁰

Drei Jahre vergingen, in denen Klimaforscher rund um den Globus immer wieder vor den Folgen des Klimawandels warnten. Inzwischen wählten die Amerikaner eine neue Regierung. Dann folgten die Konferenzteilnehmer 1995 der Einladung des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur ersten Vertragsstaatenkonferenz nach Inkrafttreten der Klimarahmenkonvention nach Berlin. Hier forderte das Gastgeberland Deutschland zusammen mit der Europäischen Union eine Verpflichtung der Annex-I-Staaten, die oft auch als Industrieländer bezeichnet werden, ihre CO₂-Emissionen auf dem Niveau von 1990 über das Jahr 2000 hinaus zu stabilisieren. Dazu gehören die meisten OECD-Staaten sowie ein großer Teil der osteuropäischen Länder.⁸¹

Selbst nach Auffassung der EU ist diese Zielsetzung dem Artikel 2 der Klimarahmenkonvention nicht gerecht geworden.⁸²

Die Allianz kleiner Inselstaaten, abgekürzt AOSIS (Alliance of Small Island States), machte einen weitergehenden Vorschlag. Die sich durch die prognostizierten klimabedingten Meeresspiegelerhöhungen in ihrer Existenz bedroht fühlenden Inselstaaten verlangten eine umfassendere Verpflichtung. Die Industriestaaten sollten ihre CO₂-Emissionen auf der Basis von 1990 um 20 Prozent bis zum Jahr 2005 reduzieren. Aufsehen erregte die Rede des damaligen deutschen Umweltministers und Vorsitzenden der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung Prof. Dr. Klaus Töpfer, in der er an die Teilnehmer appellierte, den AOSIS-Entwurf anzunehmen. Deutschland und die EU begrüßten den Vorstoß. Mit ihren Vorschlägen konnten sich jedoch weder die AOSIS-Staaten noch die Länder der Europäischen Union durchsetzen. Neben dem Widerstand anderer Industriestaaten erwiesen sich die USA in Berlin abermals als »Bremsler« im internationalen Klimaprozess. Die Amerikaner wollten von Anfang an keine Mengenziele akzeptieren. So verständig-

ten sich die Vertragsstaaten darauf, eine konkrete klimapolitische Zielsetzung erst auf der zwei Jahre später folgenden Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto zu vereinbaren.⁸³

In der Auseinandersetzung um das Kyoto-Protokoll sollte sich zeigen, dass auch die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt gegen eine Beeinflussung durch Interessengruppen nicht immun ist.

Es war im Jahr 1997, als eine von großen Industrieunternehmen und Ölkonzernen geförderte Organisation breite Aufmerksamkeit erreichte. Ziel der Global Climate Coalition (GCC) war es, ein Klimaabkommen mit Reduktionsverpflichtungen für die USA zu verhindern.⁸⁴

Zu diesem Zweck streute die GCC generelle Zweifel an der Existenz der Treibhausproblematik.⁸⁵ Überdies investierte die Koalition 13 Mio. US-Dollar in eine landesweite Werbekampagne, um ein Einlenken der US-Regierung bei den internationalen Klimaverhandlungen zu verhindern. In Radio- und TV-Sendungen sowie in Zeitungsanzeigen behaupteten GCC-Verantwortliche beispielsweise, dass die US-Bürgerinnen und -Bürger bei Annahme des Kyoto-Protokolls einen hohen Preis bezahlen müssten.⁸⁶ Die GCC-Vertreter schürten Ängste vor einem wirtschaftlichen Abschwung. Sie warnten vor einer kollabierenden Auto- und Erdölindustrie sowie vor Arbeitslosigkeit in der amerikanischen Bevölkerung.⁸⁷

Nachdem sich Hinweise auf eine Erderwärmung gemehrt hatten, begann sich allerdings die öffentliche Meinung in Amerika zu wandeln. Klimaschutzaspekte wurden wichtiger, und alternative Antriebe gewannen an Zustimmung. In dieser Situation befürchteten etwa Automobil- und Ölkonzerne einen Imageverlust und reagierten: Schon im Jahr 2000 hatten fast alle Unterstützer die Global Climate Coalition verlassen. 2002 löste sich die GCC offiziell auf.⁸⁸

Auch heute sind wir nicht vor Kräften gefeit, die den Klimawandel bestreiten. So weist etwa das Umweltbundesamt⁸⁹ darauf hin, dass der menschengemachte Treibhauseffekt zwar seit über drei Jahrzehnten untersucht worden sei, betont aber gleichzeitig: »Trotz der mittlerweile fundierten wissenschaftlichen Basis melden sich immer wieder Skeptiker zu Wort, die den anthropogenen Treibhauseffekt anzweifeln oder sogar leugnen.« Dabei bezieht sich das Bundesamt auf eine Diskussion, die fernab von der Wissenschaft stattfindet und vielfach von Lobbyisten begleitet und kommentiert werde: »Auch

außerhalb der Forschung wird viel über die Klimaproblematik gesprochen und geschrieben. Dabei treten häufig Personen mit einer mehr oder weniger klaren wirtschaftlichen, politischen oder ideologischen Agenda auf. Da sind z. B. Vertreterinnen und Vertreter der Öl- und Kohlewirtschaft, die überhaupt kein Interesse daran haben, dass die Verbrennung von Öl und Kohle als Verursacher von negativen Folgeerscheinungen dargestellt wird. Sie haben ein klares wirtschaftliches Interesse daran, entsprechende Berichte infrage zu stellen.«⁹⁰

Mit dem Wissen um all diese Bestrebungen im Hinterkopf wird es teilweise leichter fallen, die Stationen des Klimaprozesses einzuordnen.

Im Dezember 1997 – und damit fünf Jahre nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro und ungefähr zehn Jahre, nachdem die antarktischen Tiefbohrexperimente von Vostok den engen Zusammenhang zwischen der CO₂-Konzentration und den Durchschnittstemperaturen der letzten 160.000 Jahre enthüllten – sollte es ernst werden. Im japanischen Kyoto wollten die Vertragsparteien erstmalig ein verbindliches Emissionsreduktionsziel für die Industrieländer festlegen. In der Wissenschaft war man sich zum damaligen Zeitpunkt weitgehend einig: Soll eine gefährliche Beeinträchtigung des Klimasystems verhindert werden, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050, bezogen auf das Jahr 1990, um ungefähr 50 Prozent reduziert werden.⁹¹ Heute allerdings zwingen verpasste Chancen und der globale Emissionsausstoß der vergangenen rund 25 Jahre Jahre zu einer deutlich verschärften Zielsetzung, wie wir noch sehen.

Udo E. Simonis, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender der Vereinigung deutscher Wissenschaftler und Forschungsprofessor am Wissenschaftszentrum in Berlin (WZB), nannte die Anforderungen für die erste Budgetperiode: Um eine gefährliche, durch den Menschen verursachte Störung des Klimasystems abzuwehren, wie in der Klimarahmenkonvention verankert, seien die Industrieländer zwischen 2008 und 2012 gefordert, ihre Emissionen um 20 bis 25 Prozent zu drosseln. Viele Wissenschaftler, aber auch einzelne Länder hatten ein Minderungsziel in dieser Größenordnung vorgeschlagen.

Die Verhandlungspositionen waren in Kyoto wie schon in Rio und Berlin sehr unterschiedlich. Europa verlangte eine Reduktion von 15 Prozent, Japan wollte nur 5 Prozent zulassen, während die USA beabsichtigten, ihren Emissionsausstoß von 1990 beizubehalten – um damit eine »Nullreduktion«

durchzusetzen. Aus umweltpolitischer Sicht war das Ergebnis enttäuschend: Das Reduktionsziel, als Durchschnittswert der einzelnen Länder, auf den sich die Annex-I-Staaten einigen konnten, betrug für die betreffenden vier Jahre 5,2 Prozent.

Gemessen an dem, was noch in der Klimarahmenkonvention vereinbart worden war und Klimaexperten befürworteten, stellte das Resultat den »kleinsten gemeinsamen Nenner« dar – es betrug rund ein Viertel bis ein Fünftel dessen, was aus wissenschaftlicher Sicht notwendig gewesen wäre. Dennoch war das Kyoto-Protokoll keine Überraschung. In Rio konnten sich die Regierenden auf die ermutigende Formulierung des Artikels 2 der Rahmenkonvention einigen, weil damit keine Verpflichtungen zu Emissionsminderungen verbunden waren. Geht es jedoch um konkrete Reduktionsziele, zeigt sich ein anderes Bild. Wenn fast 200 Staaten um nationale Interessen ringen, müssen die Ergebnisse nicht erstaunen: Kompromissvereinbarungen, die regelmäßig fernab von klimawissenschaftlichen Erfordernissen zustande kommen, sind ein Markenzeichen globaler Klimapolitik.

Darüber hinaus war das Protokoll auch deshalb unzureichend, weil es nicht gelang, wichtige Schwellen- oder Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien in das Abkommen einzubinden.⁹²

Allerdings kam es zu einem für die Europäische Union und für Japan überraschenden Vorschlag, mit dem sich die Amerikaner durchsetzen konnten. Um die beschlossenen Reduktionsziele der beteiligten Staaten umzusetzen, sollte künftig auch der Handel mit Emissionszertifikaten zugelassen werden. Emission Trading (ET) ist eines von drei flexiblen Instrumenten, die nationale Maßnahmen ergänzen können, um die Kyoto-Ziele zu erreichen. Damit schuf das Kyoto-Protokoll die Voraussetzungen für heutige Zertifikathandelsysteme, wie etwa das European Trading System (ETS). Artikel 6 des Protokolls regelt das Instrument des Joint Implementation (JI). Danach dürfen Klimaschutzprojekte, die im Rahmen der »gemeinsamen Umsetzung« aus Kostengründen in einem anderen Industrieland durchgeführt werden, auf die eigene Reduktionsverpflichtung angerechnet werden. Zweck des beschlossenen Clean Development Mechanism (CDM) ist es, Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern durchzuführen. Dieser »Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung« erlaubt Industrieländern, die dort erzielten Emissionsreduktionen mit eigenen Verpflichtungen zu verrechnen.⁹³

Mit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls einigte sich der größte Teil der internationalen Staatengemeinschaft immerhin erstmals auf rechtsverbindliche Begrenzungs- und Reduktionsverpflichtungen für die Industrienationen.⁹⁴ Insgesamt wurde das Abkommen von 191 Staaten ratifiziert. Die Vereinigten Staaten haben das Protokoll bis heute nicht unterzeichnet, obschon in der Summe weltweit kein Land mehr CO₂-Emissionen ausgestoßen hat als die USA. Kanada kündigte das Kyoto-Protokoll 2013.⁹⁵

In den folgenden fast zwei Jahrzehnten rang die internationale Politik vor allem um Details rund um das Kyoto-Protokoll. Auch informelle Gespräche, inwieweit Entwicklungsländer verpflichtet werden sollten, oder etwa die langjährigen Vorbereitungen der wichtigen 21. UN-Konferenz fielen in diese Zeit.⁹⁶

Erst 2015 in Paris sollte der internationale Klimaprozess einen kleinen Schritt nach vorn machen. Verglichen mit den Festlegungen seit Rio, war das Ergebnis der 21. Klimakonferenz in der Tat zunächst ermutigender: Das Pariser Abkommen sieht vor, die globale Erderwärmung, verglichen mit der vorindustriellen Zeit, auf deutlich unter 2 Grad Celsius – nach Möglichkeit auf 1,5 Grad – zu begrenzen.⁹⁷ Mit China und den USA ratifizierten auch die beiden größten Emittenten den Vertrag. Er konnte bereits am 4. November 2016 in Kraft treten. Zuvor hatten die dafür notwendigen 55 Staaten, die für mindestens 55 Prozent des globalen Ausstoßes von Treibhausgasen stehen, das Übereinkommen unterzeichnet. Das Pariser Abkommen soll das Kyoto-Protokoll im Jahr 2021 ablösen.⁹⁸

Vielleicht haben Sie sich etwas über die Formulierung »kleinen Schritt nach vorn« gewundert. Denn einige Medien und beteiligte Akteure hatten das Pariser Abkommen als große Errungenschaft bezeichnet. Eine niedrige Erwartungshaltung im Vorfeld der Verhandlungen und viel Zweckoptimismus mögen diese Sicht erklärbar machen.

Die zentrale Schwachstelle des Abkommens liegt nicht – wie noch beim Kyoto-Protokoll – in seiner Zielsetzung. Problematisch sind die fehlenden Reduktionsverpflichtungen der Teilnehmerstaaten. Den Verhandlungsführern ist es in Paris lediglich gelungen, die beteiligten Länder auf »freiwillige Selbstverpflichtungen« festzulegen. Und das trotz eindeutiger Faktenlage und den vom Weltklimarat prognostizierten dramatischen Klimafolgen. Die im Protokoll verankerten nationalen Selbstverpflichtungen (Intended Natio-

nally Determined Contributions, INDCs)⁹⁹ bedeuten, dass jedes Land selbst festlegt, in welchem Ausmaß es seine klimaschädlichen Emissionen verringern möchte.

Vor Konferenzbeginn hatten die meisten Länder ihre freiwilligen Verpflichtungen mittels nationaler Klimaaktionspläne abgegeben. Um die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst aber auf 1,5 Grad zu begrenzen, reichen diese Pläne bei Weitem nicht aus. Nach einer wissenschaftlichen Schätzung führen sie voraussichtlich zu einer globalen Temperaturerhöhung von circa 2,7 bis 3,7 Grad Celsius.¹⁰⁰

Und eine gravierende Problematik kommt hinzu: Selbst diese deutlich zu geringen Verpflichtungen werden zum großen Teil nicht einmal eingehalten. Eine vom World Resources Institute in Zusammenarbeit mit zwei Instituten der London School of Economics veröffentlichten Studie¹⁰¹ kommt zum Ergebnis: Nur 16 der 197 Unterzeichnerstaaten haben nationale Klimaaktionspläne definiert, die in der Lage sind, die im Pariser Abkommen getroffenen Selbstverpflichtungen der Länder auch tatsächlich zu erfüllen. Dazu rechnen die Wissenschaftler 16 Länder – in alphabetischer Reihenfolge sind dies: Algerien, Äthiopien, Costa Rica, Guatemala, Indonesien, Japan, Kanada, Mazedonien, Malaysia, Montenegro, Norwegen, Papua-Neuguinea, Peru, Samoa, Singapur und Tonga.

Auch der damalige Präsident eines der renommiertesten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute äußerte seine Skepsis zum Pariser Klimaabkommen. In einer Stellungnahme sagte der Leiter des ifo-Instituts Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: »Das Abkommen enthält vor allem moralische Appelle und Lippenbekenntnisse, die die willigen Länder ermuntern, die Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe weiter voranzutreiben. Es sieht jedoch keinerlei Instrumente vor, mithilfe derer die unwilligen Länder zum Mitmachen bewegt werden könnten.« Seine Meinung: »Der Durchbruch zu einem weltweiten Emissionshandelssystem, das die einzige Lösung für das Klimaproblem ist, liegt in weiter Ferne.« Sein Fazit: »Im Endeffekt wird auch dieses Abkommen, wie schon das Kioto-Abkommen, nicht in der Lage sein, den weiteren Anstieg des Verbrauchs fossiler Brennstoffe zu verhindern.«¹⁰²

Im November 2016 wählte das amerikanische Volk einen neuen Präsidenten. Unter der neuen Regierung erklärten die USA am 5. August 2017¹⁰³ ihren Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen.

Mit dieser Entscheidung mag das Weiße Haus den Interessen der amerikanischen Öl- und Kohleindustrie entgegengekommen sein – den Wünschen der Wahlvolks entspricht die Kündigung des Klimavertrags nicht. Kurz nach der Wahl sprachen sich mit 69 Prozent mehr als zwei Drittel der registrierten Wählerinnen und Wähler parteiübergreifend dafür aus, dass sich die USA am geltenden internationalen Abkommen zur Begrenzung der Erderwärmung beteiligen sollten. Dies ergab eine Untersuchung der amerikanischen Eliteuniversität Yale. Nur 13 Prozent waren gegen eine Teilnahme.¹⁰⁴

Für das Menschheitsproblem Klimawandel hatte der damalige US-Präsident jedoch nicht viel mehr als Hohn und Spott übrig. Im Winter 2019 kommentierte er die eisigen Temperaturen in den USA so: »Im schönen Mittelwesten werden die Temperaturen auf minus 60 Grad (Fahrenheit) sinken, die niedrigsten Temperaturen, die jemals gemessen wurden. In den kommenden Tagen soll es noch kälter werden. Die Leute können nicht einmal für ein paar Minuten raus.« Und weiter tweetet er: »Was zur Hölle ist los mit der Erderwärmung? Bitte komm schnell zurück, wir brauchen dich!«¹⁰⁵

Sätze, die nicht nur angesichts der in Summe weltweit höchsten CO₂-Emissionen, welche die USA zu verantworten haben, zu denken geben. Dabei sind laut Yale-Publikation 69 Prozent des amerikanischen Wahlvolks der Meinung, dass die globale Erwärmung stattfindet. Nur etwa jeder sechste Amerikaner (16 Prozent) glaubt, dass dies nicht der Fall ist.¹⁰⁶

Eine deutliche Mehrheit der US-Amerikaner ist ebenfalls besorgt, dass extreme Wetterereignisse Schäden in ihrer Region anrichten können: 69 Prozent befürchten extreme Hitze, 60 Prozent Überschwemmungen, und nahezu ebenso viele beunruhigt eine mögliche Wasserknappheit (59 Prozent).¹⁰⁷ Überdies kann es als Zeichen »klimapolitischer Emanzipation« gewertet werden, dass 17 US-Bundesstaaten und über 200 amerikanische Städte Washington die Gefolgschaft verweigerten. Sie wollten am Pariser Abkommen festhalten und verpflichteten sich, die dort zugesagten Klimaziele umzusetzen.¹⁰⁸

Wie Sie vielleicht wissen, traten die USA dem Klimaabkommen unter dem nachfolgenden Präsidenten Biden, der die klimapolitische Lage weitaus realistischer einstuft, sofort nach seiner Ernennung wieder bei.

Nichtsdestotrotz: Um den wirksamen Schutz des Erdklimas steht es derzeit immer noch ausgesprochen schlecht. Ein international koordiniertes Vorgehen ist jedoch möglich und kann einen Weg aus der Klimakrise weisen. Kapi-

tel vier und fünf widmen sich einer realistischen Alternative zur bisherigen Politik. Lassen Sie uns aber zuvor über die Gründe sprechen, warum bisher so wenig erreicht worden ist.

Warum tut sich die Politik im internationalen Klimaschutz so schwer?

Die Wahrscheinlichkeit ist nicht ganz gering, dass Sie jener überwiegenden Mehrheit angehören, für die Wertschätzung und Anerkennung wichtig sind – privat wie beruflich. Politiker bilden hier auch keine Ausnahme. Für sie ist die Bestätigung allerdings in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Zur Selbstbestätigung, die ihre anspruchsvolle Tätigkeit verspricht, kommt eine weitere Form des Zuspruchs hinzu, auf den viele geradezu existenziell angewiesen sind. Gemeint ist die Zustimmung ihrer Politik durch das Wahlvolk. Erreichen Politiker bei Wahlen notwendige Mehrheiten, können sie im Auftrag ihrer Bürgerinnen und Bürger regieren. Im anderen Fall müssen sie auf der Oppositionsbank Platz nehmen. Neben Macht- und Gestaltungseinbußen enttäuscht diese Niederlage auch persönlich. Eine solche Situation möchten Politiker gern vermeiden. Daher beschäftigt sie insbesondere der Gedanke, wie sie möglichst viele Wählerinnen und Wähler veranlassen können, ihnen ihre Stimme zu geben.

Die neue Politische Ökonomie (NPÖ)¹⁰⁹ – eine Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaften – spricht hierbei etwas idealtypisch vom »Stimmenmaximierungskalkül des Politikers«. Regierungsvertreter müssen bei politischen Entscheidungen immer befürchten, gerade diejenigen Wählerstimmen zu verlieren, die bei anstehenden Wahlen den Ausschlag geben könnten. Schon winzige Prozentpunkte mehr oder weniger auf dem »Stimmenkonto« einer Regierungskoalition können darüber entscheiden, ob sie weiter regieren kann oder die Opposition künftig das Sagen hat. Die Sorge, nicht wiedergewählt zu werden, lässt sie oft zögern: Notwendige Entscheidungen werden vertagt – gefällte Beschlüsse beruhen auf Kompromissen, die breiten Gesellschaftsschichten, aber nicht unbedingt der Umwelt gerecht werden. Aus Angst, Stimmen zu verlieren, unterschätzen Volksvertreter häufig die Weitsicht und das Anpassungsvermögen ihres Wahlvolks. Deshalb hat die Politik nur selten den Mut, neue Konzepte und Ideen auf die Tagesordnung zu setzen, für deren Zustimmung erst noch geworben werden muss.

Kommen hingegen repräsentative Umfragen zum Ergebnis, dass Bürgerinnen und Bürger etwa bestimmte Maßnahmen oder ein spezielles Konzept befürworten, ist die Sachlage eine andere. Sind mit der Umsetzung zusätzliche Wählerstimmen zu gewinnen, ist die Flexibilität der politischen Entscheidungsträger häufig größer als erwartet.

Eine weitere Problematik lässt sich immer wieder beobachten. Politiker müssen sich in regelmäßigen und relativ kurzen zeitlichen Abständen zur Wahl stellen. Daher sehen sie sich nicht selten veranlasst, langfristig angelegte umweltpolitische Maßnahmen zu unterlassen, wenn diese den Erfolg einer auf kurze Wahlperioden ausgerichteten Politik gefährden könnten.

Zudem haben öffentliche Verwaltungen und Behörden einen gewissen Einfluss auf umweltpolitische Entscheidungen.¹¹⁰ Bei der Umsetzung ökologischer Ziele kommen oft nicht die effizientesten Instrumente zum Einsatz. Umweltbehörden verfolgen nämlich auch eigene Interessen. Oftmals haben sie eine Vorliebe für umweltpolitische Maßnahmen mit hohem Verwaltungsaufwand. Mit einer verwaltungsintensiven Praxis lassen sich höhere Budgetforderungen begründen, welche die staatliche Einrichtung beispielsweise prestigeträchtig dazu nutzen kann, mehr Mitarbeiter einzustellen, um so schneller zu wachsen. Umweltauflagen wie etwa ein Grenzwert für die Schadstoffeinleitung aus dem Abwasser von Kläranlagen erfüllen diesen Zweck. Sie haben einen hohen Regelungs- und Informationsbedarf und sind daher personalintensiv: Das umweltpolitische Ziel muss genau definiert werden, wobei der Stand der Technik zu berücksichtigen ist und Mindestanforderungen festzulegen sind. Gleichzeitig tragen Kontroll- und Beobachtungsbefugnisse dazu bei, den Einfluss der Behörde zu erhöhen.

Ganz anders fällt aus behördlicher Sicht die Bewertung der in der Regel wesentlich effizienteren marktwirtschaftlichen Instrumente wie Umweltabgaben und -zertifikate aus. Hier sind deutlich weniger Eingriffe nötig, sodass höhere Kostenbudgets und ein höherer Mitarbeiterinsatz nicht zu rechtfertigen wären. Über die Vorzüge marktwirtschaftlicher Instrumente fehlt es teilweise immer noch an ausreichenden Informationen – nicht nur in Behörden.

Vorsichtige Politiker, kurze Wahlperioden und ein oftmals suboptimaler Einsatz umweltpolitischer Instrumente sind einige der Gründe, warum trotz rasant steigender globaler Umweltprobleme in der umweltpolitischen Praxis vergleichsweise wenig geschieht. Als gravierender kann sich indes eine andere

Ursache erweisen: Nicht selten stehen einflussreiche Interessenorganisationen einer umwelt- und klimabewussten Politik im Weg. Die Neue Politische Ökonomie stellt hierbei die »Macht von Interessengruppen« heraus. Lobbyisten verfügen über unterschiedliche Mittel, mit denen sie versuchen, ihre Interessen durchzusetzen.

Zunächst können wirtschaftliche Interessenverbände ihre ökonomische Machtposition nutzen, um Druck auf Regierende auszuüben. Sollen etwa bestehende Umweltgesetze gegen den Willen von Interessenorganisationen verschärft werden und drohen diese mit dem Abbau von Arbeitsplätzen oder mit der Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland, hat das Gewicht. Sind ihre Ankündigungen glaubhaft, ist es für Politiker nicht gerade einfach, ihre politischen Vorhaben durchzusetzen.

Die Finanzierung von Parteien ist ebenfalls ein wirksames Instrument. Politische Arbeit ist kostenintensiv. Wahlwerbung, Parteiveranstaltungen oder Personal können erhebliche Kosten verursachen. Demgegenüber steht häufig die angespannte finanzielle Lage einer Partei, insbesondere dann, wenn ihre Mitgliederzahlen sinken. Ein legaler Ausweg: Finanzkräftige Organisationen betätigen sich als Geldgeber. Dabei kommt es auch vor, dass Interessenvertreter eigene Wünsche anmelden.

Eine weitere Möglichkeit, Einfluss auszuüben, bietet die fortschreitende Informationsgesellschaft. Informationen werden immer wichtiger. Wirtschaftsverbände verfügen unter anderem über Wirtschaftsdaten und -informationen, die Politiker gern nutzen, um fundiertere ökonomische Entscheidungen zu treffen. Dass Interessenverbände in der Regel nur die Informationen weitergeben, die ihren Zielen nicht zuwiderlaufen oder diesen nützlich sind, ist naheliegend.

Interessenorganisationen versuchen aber auch, Vertrauenspersonen in Parlamente und Ausschüsse zu bringen. In Deutschland führte dies zu teilweise mehrheitlich von Interessenvertretern besetzten Parlamentsausschüssen.

Für die betrachteten nationalen und internationalen Probleme war oft zögerliches Handeln die Ursache. Sie kennen bestimmt den berühmt gewordenen Satz, der Gorbatschow zugesprochen wird: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.« Öffentlich hat er ihn so nie gesagt. Am 6. Oktober 1989 gab der Kreml-Chef vor laufenden Kameras in Ostberlin jedoch dieses Statement ab: »Ich glaube, Gefahren lauern nur auf jene, die nicht auf das Leben

reagieren.«¹¹¹ Dieser Ausspruch Gorbatschows lässt sich auch auf notwendige Veränderungen in Zeiten des Klimawandels anwenden. Wenn wir auf unsere Lebensumstände – zu denen in der Tat steigende Temperaturen gehören – nicht mit notwendigen Maßnahmen reagieren, setzen wir uns Gefahren aus.

Warum, so fragen sich viele, reagiert die Politik trotz eindeutiger Sachlage so verhalten und nicht mit der angemessenen Konsequenz?

Seit circa drei Jahrzehnten sind die Fakten über den menschengemachten Klimawandel weitgehend bekannt. Mit dem Einsatz leistungsfähigerer PC-Hardware und verbesserten Simulationsprogrammen haben sie sich mehr und mehr erhärtet. Gleichzeitig hat es seit Beginn der 1990er-Jahre viele Klimakonferenzen und Vorbereitungstreffen rund um den Globus gegeben. Dennoch ist es der Politik nicht ansatzweise gelungen, eine Klimapolitik auf den Weg zu bringen und umzusetzen, die den Erkenntnissen der Klimafor-schung gerecht wird. Zu viele Parteien sitzen am Verhandlungstisch, und zu unterschiedlich sind ihre nationalen Interessen. Unter anderem sorgt das Einstimmigkeitsprinzip dafür, dass nur das beschlossen wird, was alle Länder mittragen. Die Ergebnisse müssen nicht überraschen: Nur all zu oft kommen die Konferenzteilnehmer über einen Minimalkonsens nicht hinaus. Wer glaubt, dies würde sich in Zukunft allein deshalb ändern, weil der Zeitdruck und die prekäre Faktenlage keinen anderen Ausweg mehr zulassen, könnte einmal mehr enttäuscht werden.

Zwar haben sich im Verlauf der Geschichte Demokratien weiterentwickelt. Dennoch sind Klimaprobleme entstanden, die heute mehr denn je dafür sorgen, dass »unser System am Rande des Verlustes seines Gleichgewichts« steht, wie Al Gore es formuliert. Zentrale Folgen des Klimawandels machen dies deutlich: angefangen von zunehmenden Dürren mit Konsequenzen wie Wassermangel, Wüstenbildungen sowie Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung über steigende Belastungen für die menschliche Gesundheit und sich verstärkende Extremwetterereignisse wie Überflutungen und Orkane bis hin zur Gefahr sogenannter Kippunkte, die das gesamte Klimasystem ins Ungleichgewicht bringen könnten. Um die Stabilität unserer Systeme nicht zu überfordern, besteht heute mehr denn je die Notwendigkeit, aber auch die Chance, den globalen Klimaschutz weiterzuentwickeln. Wie lässt sich eine internationale Klimapolitik gestalten, die in der Lage ist, der Erderwärmung wirksam zu begegnen? Dieser zentralen Frage wollen wir jetzt nachgehen.

Kapitel 4

Eine neue Weichenstellung in der Klimapolitik

Stellen Sie sich vor, es gäbe eine durchsetzungsstarke Institution, deren Experten ihre Klimaziele weitgehend unabhängig von Politik und starken Lobbygruppen festlegen könnten. Stellen Sie sich weiter vor, diese Einrichtung würde über ein Instrumentarium verfügen, mit dem sie wissenschaftsbasierte Emissionsreduktionen wirksam umsetzen könnte. Schließlich hätte diese Klimainstitution heute einige Chancen, politisch umgesetzt zu werden. Sie mögen vielleicht denken: Das klingt gut, ist aber weit von der politischen Realität entfernt. Ehrlich gesagt, würde es mir an dieser Stelle noch ganz ähnlich gehen. Wenn ich Ihnen jetzt allerdings sage, dass alle drei Vorstellungen weit näher an der Realität sind, als Sie zum jetzigen Zeitpunkt vermuten, könnten Sie hellhörig werden. Und dazu hätten Sie allen Grund. Es wird um nicht weniger gehen als um die Stabilität unseres Klimas.

Wissenschaftler sehen dieses Gleichgewicht in Gefahr.

»Über Jahrtausende hat sich der Mensch zu einer Kraft entwickelt, die den ganzen Planeten verändert. Nun ist sie so stark geworden, dass sie das Erdsystem endgültig zum Kippen bringen könnte.«¹¹² Dieses bemerkenswert offene Statement des Klimaforschers Prof. Dr. Stefan Rahmstorf vom weltweit anerkannten Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung¹¹³ lässt erahnen, wie prekär die Klimasituation bereits ist und wie sehr sie sich in jüngerer Zeit zugespitzt hat. Im September 2019 verfasste er einen Artikel mit der Überschrift: »Die Menschheit verliert die Kontrolle über den Zustand Erde.« Dort beschäftigt er sich mit sogenannten Kippunkten – einer bisher unterschätzten Gefahr für die Stabilität unseres Klimasystems, die wir noch näher betrachten müssen.

In seinem Beitrag geht Rahmstorf auch auf die übliche Zurückhaltung von Wissenschaftlern ein, die darin begründet liege, dass sie ihren guten Ruf riskierten, wenn sie Gefahren übertrieben darstellen. Wer Gefahren unterschätzt, gelte dagegen als besonnen. Überdies gibt der Forscher zu bedenken: »[...] während die Klimaforscher die globale Erwärmung in einem halben Jahrhundert zwar grundsätzlich richtig vorhergesagt haben, lagen sie bei

Tempo und Ausmaß einiger Entwicklungen falsch. Allerdings haben sie diese nicht über-, sondern unterschätzt.«

Die fortschreitende Erderwärmung auf einem Niveau zu begrenzen, das in der Lage ist, die Klimafolgen in verantwortbaren Grenzen zu halten, ist eine gewaltige Herausforderung, der sich die Weltgemeinschaft stellen muss – allen voran die Industrienationen. Die zentrale Frage lautet: Wie ist eine internationale Klimapolitik zu gestalten, damit sie erstens wissenschaftlich begründbare Klimaziele aufstellen und zweitens diese auch wirksam umsetzen kann?

Es gleicht nahezu der Quadratur des Kreises. Ein Klimakonzept, welches das Attribut »wirksam« für sich beanspruchen möchte, muss den Einfluss der Politik zurückdrängen. Denn unsere Repräsentanten sehen sich vielfach genötigt, Kompromisse einzugehen. Was im politischen Alltag durchaus Sinn macht, können wir uns in der heutigen prekären Situation und dem zeitlich engen Handlungsfenster nicht mehr leisten. Klimakompromisse, welche die Ergebnisse der seriösen Forschung außen vor lassen, sind in der Lage, fatale Folgen nach sich zu ziehen. Andererseits benötigt jeder Klimaansatz die Politik – schon aus Gründen der demokratischen Legitimation und somit der Durchsetzbarkeit. Ist diese Problematik zu lösen? Auch diese Frage wird zu beantworten sein.

Doch zunächst gilt es, wichtige Eckpunkte der Klimasituation zu skizzieren. Es folgen Vorüberlegungen auf dem Weg zu einer konsequenten Klimapolitik, die, mit einfachen Beispielen versehen, in das Konzept der Globalen Klima-Organisation – im Englischen, Global Climate Organization (GCO) – einführen. Danach schließt sich deren klar verständliches Gesamtkonzept an.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den Untersuchungen des Weltklimarats ziehen?

Bereits Ende der 1980er-Jahre war sich die internationale Staatengemeinschaft der Brisanz des Klimawandels bewusst. Insbesondere aufgrund der zu beantwortenden komplexen wissenschaftlichen Fragestellungen hat die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) zusammen mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 1988 den Weltklimarat (IPCC) ins Leben gerufen. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist ein »von Regierungen unabhängiges wissenschaftliches Gremium«, in dem

eine große Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der ganzen Welt mitarbeiten. Ihre Aufgabe ist es, anhand anerkannter wissenschaftlicher Untersuchungen den jeweils neuesten Kenntnisstand zum Klimawandel zu erarbeiten und zu bewerten. Dazu veröffentlichen die Experten themenspezifische Sachstands- und Sonderberichte.¹¹⁴

2018 setzte der Weltklimarat eine Benchmark: Sein Aufsehen erregender Bericht zeigt erwartbare Folgen, wenn die Erwärmung um weitere 0,5 Grad auf 1,5 Grad steigt. Heutige Extremwetterereignisse, wie intensive Stürme, Starkregen und ausgedehnte Hitzeperioden, resultieren aus einer globalen Erdtemperatur, die sich gegenüber der vorindustriellen Zeit um »nur« rund ein Grad erhöht hat. Das erste Kapitel zeigt, zu welchen gravierenden Folgen schon eine scheinbar kleine Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad Celsius führen kann. In seiner Expertise kommt der Weltklimarat zu dem Ergebnis, dass für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels eine weltweite CO₂-Reduktion von 45 Prozent (auf Basis des Jahres 2010) bis zum Jahr 2030 notwendig ist. Bis 2050 müssen die Kohlendioxidemissionen auf netto null sinken.¹¹⁵

Den Stein ins Rollen brachten die bereits erwähnten kleinen Inselstaaten im Pazifik, die sich vom steigenden Meeresspiegel in ihrer Existenz bedroht sehen. Vor allem auf deren Druck hin hat die Staatengemeinschaft dem IPCC den Sonderbericht *1,5 Grad Globale Erwärmung* in Auftrag gegeben. Der Weltklimarat sollte die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau untersuchen. Politische Handlungsempfehlungen gibt er nicht.¹¹⁶

Im dritten Kapitel konnten Sie lesen, dass, verglichen mit dem klimapolitisch Notwendigen, bisherige Klimaschlüsse bescheiden ausgefallen sind: In Kyoto etwa einigten sich die Konferenzteilnehmer auf eine durchschnittliche CO₂-Zielsetzung, die rund ein Viertel bis ein Fünftel dessen betrug, was Wissenschaftler »einforderten«. Das Pariser Abkommen war zwar ambitionierter, aber die vereinbarten freiwilligen Selbstverpflichtungen sind fernab davon, die anvisierten Klimaziele einhalten zu können.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen noch immer weit auseinander. Trotz der Vielzahl von Klimakonferenzen und Vorbereitungstreffen sanken die weltweiten CO₂-Emissionen nicht. Im Gegenteil, und diese Zahlen möchte ich Ihnen noch einmal nennen: Sie stiegen von 22,7 Mrd. Tonnen im Jahr 1990 auf 38,02 Mrd. Tonnen 2019.¹¹⁷ Das ist eine Zunahme von fast 70 Prozent.

Der renommierte Klimaforscher und emeritierte Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber sieht den eingeschlagenen Weg skeptisch. In einem FAZ-Gespräch aus dem Jahr 2018 zum 1,5-Grad-Bericht des IPCC äußert er seine Bedenken: »Aber Fakt ist doch: Schon bei bislang grob einem Grad globaler Erwärmung sehen wir heftige Folgen, etwa Wetterextreme – und wir sind auf dem Weg in eine drei bis fünf Grad wärmere Welt bis Ende des Jahrhunderts, wenn wir nicht rasch umsteuern.«¹¹⁸

Die Konferenzergebnisse der letzten drei Jahrzehnte haben uns vor Augen geführt, dass die Politik nicht in der Lage war, die aus wissenschaftlicher Sicht gebotenen CO₂-Ziele verbindlich vorzuschreiben. Das geltende Einstimmigkeitsprinzip, nach dem sich 196 Staaten auf internationalen Klimakonferenzen auf gemeinsame Ziele einigen müssen, wird auch weiterhin zu Kompromissen führen, die der Klimasituation kaum gerecht werden.

Inzwischen angekündigte und gut klingende Zielsetzungen der USA und Europas, bis 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen, drohen an freiwilligen Selbstverpflichtungen zu scheitern, wie wir gesehen haben. Zudem: Ziele allein reduzieren keine Emissionen. Auf die Maßnahmen kommt es an – und das weltweit, wie dies globale Probleme erfordern. Aber selbst wenn wir unterstellen, dass es inzwischen einige Politiker mit ihren Zielen ernst meinen, stehen ihnen die beschriebenen hohen Hürden im Weg. Zudem sind auch die ambitioniertesten Politiker nur auf relativ kurze Zeit gewählt. Was etwa, wenn auf einen klimabewusst handelnden US-Präsidenten wieder ein Unterstützer der fossilen Energiewirtschaft folgt?

Gerichtsentscheidungen, welche etwa die deutsche Politik und einen europäischen Energiekonzern auf die Einhaltung klimapolitischer Ziele festlegen, gehen zwar in die richtige Richtung – sie sind aber nicht ansatzweise in der Lage, die weltweite Problematik mit der erforderlichen Vehemenz voranzubringen.

Kann das geplante Grenzausgleichssystem einen Ausweg bieten? Der von der Europäischen Kommission vorgesehene CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) zielt darauf ab, CO₂-intensive Produkte aus dem außereuropäischen Ausland mit einem CO₂-Preis zu belegen.¹¹⁹

Durch das Europäische Zertifikathandelssystem sind Unternehmen in diesem Teil der Welt einer CO₂-Bepreisung ausgesetzt. Um sozusagen fairere Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, sollen CO₂-intensive Importe aus Ländern, die kein vergleichbares Bepreisungssystem haben, mit entsprechenden Kosten belegt werden. Unter anderem möchte man verhindern, dass Unternehmen mit ihrer Produktion in ein kostengünstigeres EU-Ausland abwandern, wo es keinen CO₂-Preis gibt.

Nach Ansicht von Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ist der Grenzausgleich dazu gedacht, die europäische Industrie wettbewerbsfähig zu halten und Einnahmen zu generieren. Zugleich erhofft sich die Europäische Union, dass andere Länder ihrem Vorbild folgen und ebenfalls CO₂ bepreisen. »Das wird aber nur gelingen, wenn die EU die internationalen Kooperationen mit anderen Staaten verstärkt, sonst könnte aus der Klimapolitik ein protektionistisches Unterfangen werden«, so der Klimaökonom. Zudem werde die EU durch den CBAM »handelspolitisch angreifbar, wenn sie ihn im Alleingang einführt«¹²⁰.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist der Auffassung, dass der Grenzausgleichsmechanismus dringend international abgestimmt werden müsse. Sonst drohten Vergeltungsmaßnahmen und in der Folge Handelskonflikte. In seiner Stellungnahme betont der BDI: »[...] erfolgreicher Klimaschutz braucht internationale Kooperation.« Und er fügt hinzu: »Handelskonflikte schaden dem Klima.«¹²¹

Die erforderlichen Abstimmungen sind stets sehr schwierig. Dennoch könnte ein wirksam gestaltetes und international koordiniertes CBAM in die richtige Richtung gehen – insbesondere kann es Nicht-EU-Staaten motivieren, eigene CO₂-Bepreisungen einzuführen. Insgesamt ist das System allerdings weit davon entfernt, die notwendigen weltweiten CO₂-Emissionsminderungen im verbleibenden engen Zeit- und Handlungskorridor zu erreichen. Schon deshalb halte ich es nicht für vollmundig zu behaupten: Die notwendigen CO₂-Ziele global umzusetzen ist eine Herkulesaufgabe, an der die aktuelle Klimapolitik mit einiger Wahrscheinlichkeit scheitern könnte. Damit wird gleichzeitig immer klarer, dass unsere Volksvertreter ohne den gezielten Druck ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftlicher Gruppen die dringend notwendige Neujustierung der Klimapolitik kaum auf den Weg werden bringen können.

Die Global Climate Organization (GCO) stellt sich der Herausforderung, CO₂-Emissionen auf Basis seriöser wissenschaftlicher Forschungsergebnisse über Ländergrenzen hinweg wirksam zu verringern.

Auf eine Formel gebracht, kann das GCO-System dazu führen, dass sich USA- und EU-Zielsetzung auch wirklich umsetzen lassen – darüber hinaus schrittweise länderübergreifend. Wer Klimaneutralität ernst nimmt, wird sich vermutlich auf das neue Klimakonzept einlassen können. Erst recht, wenn der im Schlusskapitel vorgetragene strategische Stufenplan einbezogen wird. Er soll dafür sorgen, dass vor allem konkurrierende Industrie- und Schwellenländer in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen in das System der Global Climate Organization integriert werden. Gelingt dies, werden staatliche Alleingänge und damit Konkurrenz Nachteile für vorangehende ambitionierte Staaten verhindert – ein weiterer Vorzug gegenüber der aktuellen Klimapolitik.

Lernen Sie jetzt einige grundlegende Zusammenhänge kennen, die in das Klimakonzept der GCO einführen.

Auf dem Weg zu einer konsequenten Klimapolitik

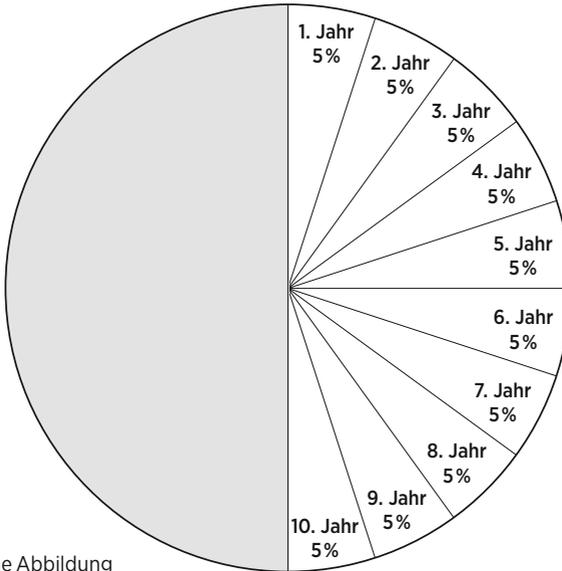
Beispiele können einen Sachverhalt veranschaulichen, ihn greifbarer machen. Bevor wir uns dem neuen Klimakonzept zuwenden, soll ein Beispiel in die Thematik einführen. Es bereitet den Ansatz einer klimapolitischen Institution vor, die eine ähnlich autonome Stellung wie die Europäische Zentralbank erhalten soll – sie selbst hat allerdings nichts mit deren Geldpolitik zu tun. Aufgrund ihrer relativ starken Position wird die GCO aber in die Lage versetzt, wissenschaftsbasierte Klimaziele aufzustellen. Was allerdings mindestens genauso wichtig ist: Diese Ziele lassen sich mit dem Instrument der Zertifikate wirksam umsetzen. Sehr vereinfacht gesagt, ist dies das Grundprinzip der Global Climate Organization (GCO).

Um eine bessere Vorstellung von der weltweit notwendigen Verminderung von CO₂-Emissionen zu bekommen, wenden wir uns jetzt einem Diagramm zu.

Beispiel: Schrittweise Reduzierung der CO₂-Emissionen um 50 Prozent in 10 Jahren
Wenn eine Klimainstitution das Ziel hätte, die Kohlendioxidemissionen der OECD-Staaten in zehn Jahren um insgesamt 50 Prozent zu reduzieren, müsste sie den »CO₂-Emissionskuchen« jedes Jahr um 5 Prozent vermindern.

Gelänge dies bis 2030, würden die Pariser Klimabeschlüsse – bezogen auf das Emissionsgebiet der OECD – eingehalten.

CO₂-Emissionen



Quelle: Eigene Abbildung

Um eine bestimmte CO₂-Emissionsmenge zu reduzieren, ist ein Zertifikatkonzept besonders gut geeignet. Denn Zertifikate sind als sogenanntes Mengeninstrument so konzipiert, dass sich mit ihnen ein vorgegebenes Emissionsvolumen zieladäquat vermindern lässt.

Gesetzt den Fall, die mit entsprechenden Befugnissen ausgestattete Klimainstitution würde zehn Jahre lang 5 Prozent große Stücke aus dem »Emissionskuchen« ausschneiden. Dann blieben nach dem ersten Jahr 95 Prozent und nach zehn Jahren nur noch 50 Prozent des Kuchens übrig. Das »Kuchmesser«, also das Instrument, welches die Institution benötigt, um den »CO₂-Kuchen« Jahr für Jahr zu verkleinern, ist ein Zertifikathandel. Auf dem zugehörigen Emissionsmarkt können die Teilnehmer CO₂-Emissionsrechte handeln. Mit einem CO₂-Zertifikat erhält ein Unternehmen das Recht, eine zuvor genau festgelegte CO₂-Emissionsmenge zu emittieren. Diese ist dann Schritt für Schritt zu verkleinern.

Die Weltgemeinschaft steht am Scheideweg: Gelingt uns kein Umsteuern in der internationalen Klimapolitik, ist mit noch extremen Überschwemmungen, Hitzeperioden und Stürmen zu rechnen. Überdies könnten wir Punkte erreichen, an denen das Klima unumkehrbar kippt. Noch sind wir in der Lage, dies zu verhindern.

Der Ökonom Dirk Fust stellt eine durchsetzungsfähige Organisation vor. Sie wird mit ihrem marktwirtschaftlichen Instrumentarium in der Lage sein, die erforderlichen Emissionsminderungen länderübergreifend umzusetzen. Der Autor beschreibt den neuen Weg klar und verständlich und spricht damit eine breite interessierte Öffentlichkeit an.

Das Buch liefert auch Antworten auf die Frage, warum sich trotz prekärer Faktenlage bislang wenig tut. Aber Hürden lassen sich überwinden und Politiker noch zum Umsteuern bewegen. Dabei können umweltbewusste Wählerinnen und Wähler eine wichtige Rolle einnehmen – erst recht, wenn klimapolitisch aktive Gruppen vorangehen.

»Dirk Fust stellt ein innovatives Konzept zur nachhaltigen Emissionsminderung vor – dieses kann den Klimaschutz entscheidend voranbringen.«

Ernst Ulrich von Weizsäcker